

Globale Kommission des Finanzsektors nimmt Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel ins Visier

(NEW YORK – 24 SEPTEMBER 2018) – Die Kommission des Finanzsektors zu moderner Sklaverei und Menschenhandel wurde heute im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York anlässlich der 73. Sitzung der Generalversammlung lanciert. Die internationale Initiative versammelt Leiter aus dem Finanzbereich, globale Aufsichtsbehörden, ehemalige Opfer des Menschenhandels sowie nicht staatliche Organisationen mit dem Ziel, innovative Lösungen zu finden, um diese Menschenrechtsverletzungen abzuschaffen.

Nach besten Schätzungen waren im Jahr 2016 über 40 Millionen Menschen versklavt und aus diesen rechtswidrigen Praktiken wurden Einnahmen in Höhe von \$150 Milliarden erzielt. Nachdem 193 Staaten vereinbart haben, wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der modernen Sklaverei und des Menschenhandels bis zum Jahr 2030 umzusetzen, wies auch der UN-Sicherheitsrat auf die Rolle internationaler Finanzinstitutionen hin, Finanzströme aufzuspüren und zu unterbrechen, die in Verbindung mit diesen Verbrechen stehen.

Der Finanzsektor kann auf unterschiedliche Weise mit moderner Sklaverei und Menschenhandel in Verbindung stehen. Dies kann beispielsweise durch den Handel von Geldern, die aus solchen Praktiken geschaffen werden, oder die Finanzierung von Waren und Dienstleistungen geschehen, welche von moderner Sklaverei oder Menschenhandel in ihren Lieferketten profitiert haben. Angesichts der globalen Reichweite und des Zugriffs auf Finanzdaten, welche erforderlich sind um diese Missbräuche zu identifizieren, ist der Sektor ausschlaggebend für eine Lösung. Der Sektor ist in einer einzigartigen Position, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu bekämpfen. Zum Beispiel durch die Förderung von Menschenrechts-Due-Diligence oder die Entwicklung innovativer Finanzierungsvereinbarungen sowie fortschrittlichen Lösungen im Bereich der Finanztechnologie.

Die Kommission, auch bekannt als die Liechtenstein Initiative, wurde als öffentlich-private Partnerschaft zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel Australiens und dem Centre for Policy Research an der United Nations University gegründet. Die Initiative wird zusätzlich von dem Liechtensteinischen Bankenverband und der LGT unterstützt.

Regierungsrätin Dr Aurelia Frick, Aussenministerin für Liechtenstein und Convenor der Kommission, meinte: "Die Liechtenstein Initiative wird Leiter und Experten aus aller Welt einberufen, um einen Fahrplan für praktische Maßnahmen in diesem Bereich zu entwerfen. Als Convenor dieser Initiative werden wir unsere Expertise als Finanzzentrum nutzen, um die Arbeit der Kommission zu unterstützen. Liechtenstein steht international an der Spitze des Kampfes gegen moderne Sklaverei und Menschenhandel. Die Kommission des Finanzsektors wird diese Anstrengungen weiterhin verstärken."

Fiona Reynolds, die Vorsitzende der Kommission und die Vorstandsvorsitzende der Principles for Responsible Investment (PRI), meinte: "Der Finanzsektor spielt eine wichtige Rolle in der Ausrottung der modernen Sklaverei und des Menschenhandels. Die Kommission des Finanzsektors ist die Erste ihrer Art, die das Fachwissen aus allen Teilen des Sektors einsetzt, um ein koordiniertes und umfassendes Vorgehen zur Befämpfung dieser Menschenrechtsverletzungen zu entwickeln. Das Ergebnis der Kommission wird ein Vorschlag praktischer, relevanter und umsetzbarer Schritte in diesem Kampf sein."

"Im Verlaufe des nächsten Jahres wird die Kommission des Finanzsektors ausgewählte Bereiche erforschen, in denen der Sektor Maßnahmen ergreifen kann um moderne Sklaverei und Menschenhandel einzudämmen," meinte

Dr James Cockayne, Leiter des Sekretariats der Kommission und Direktor des Centre for Policy Research an der United Nations University. "Die Kommission besteht aus führenden Experten und Entscheidungsträgern im Finanzbereich, die die notwendige Erfahrung haben, um innovative und nachhaltige Lösungen zu finden, moderne Sklaverei und Menschenhandel zu beenden."

Presseanfragen

Anthony Dursi
Communications Manager, Centre for Policy Research at United Nations University
dursi@unu.edu | +1-202-867-6592

Notizen

1. Nach den besten Schätzungen befanden sich im Jahr 2016 über 40.3 Millionen Männer, Frauen und Kinder in moderner Sklaverei – dies entspricht etwa 1 in 185 Menschen weltweit. Obwohl illegal, werden Einnahmen von Zwangsarbeit auf \$150 Milliarden jährlich geschätzt.
2. Im September 2015 vereinbarten 193 Staaten sofortige und wirkungsvolle Maßnahmen zu nehmen, um moderne Sklaverei und Menschenhandel bis zum Jahr 2030 abzuschaffen, gemäß der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Die G7 and G20 Leiter haben nun auch auf die Wichtigkeit verwiesen, den Privatsektor in diesem Kampf zu engagieren.
3. Das erste Treffen der Kommission des Finanzsektors nahm am 20-21 September 2018 in New York statt. Das nächste Treffen wird in Liechtenstein im Januar 2019 stattfinden, gefolgt von einem weiteren Treffen in Australien im Frühling 2019.
4. Die Kommission wird von Regierungsrätin Dr Aurelia Frick einberufen, gemeinsam mit der Aussenministerin Australiens, Senator the Honorable Marise Payne und dem Nobelpreisträger und Mikrokredit-Pionier Muhammad Yunus. Fiona Reynolds, die Vorstandsvorsitzende der Principles for Responsible Investment (PRI), ist die Vorsitzende der Kommission.

Eine vollständige Liste von Kommissionsmitgliedern befindet sich hier:

<http://www.financialsectorcommission.org/wp-content/uploads/2018/09/CommissionMembership-.pdf>